Stadt Köln

Der Oberbürgermeister

Dezernat, Dienststelle
VI/62/621/2

Vorlage-Nr.: 24.06.2011
1906/2011

Unterlage zur Sitzung im
öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Ausschuss für Umwelt und Grün	30.06.2011	

Anlass:

☐ Mitteilung der Verwaltung

☐ Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

☒ Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

☐ Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Bau von Schallschutzwänden an bestehenden Schienenwegen des Bundes

Die FDP-Fraktion hat um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1.) Inwieweit ist der Verwaltung bekannt, ob die Deutsche Bahn AG beabsichtigt, ein Konzept zur Verhinderung von Graffiti und anderen Verschmutzungen auf den geplanten Lärmschutzwänden zu entwickeln, z. B. durch leicht abwaschbare Oberflächen, schnelle Reinigung oder aktive Gestaltungen.
2.) Inwieweit beabsichtigt die Stadt, dies gegenüber der Bahn zu thematisieren?
3.) Welche Möglichkeiten bestehen für die Stadt, auf die Gestaltung von Lärmschutzwänden an Bahnstrecken generell und im speziellen Fall der von der Bahn zu errichtenden Bauten Einfluss zu nehmen?

Stellungnahme der Verwaltung:

Zu 1.)

Die geplanten neuen Schallschutzwände (Aluminiumkassetten) erhalten auf der Anwohnerseite eine Anti-Graffiti-Beschichtung, die ein leichteres Entfernen von Schmierereien ermöglichen soll. Darüber hinausgehende Maßnahmen hat die Deutsche Bahn nicht beabsichtigt.

Zu 2.)

Im Rahmen des Plangenehmigungsverfahrens wurde die Bahn um Zustimmung gebeten, die Außenseiten der Schallschutzwände erforderlichenfalls durch Mitarbeiter der Kölner AntiSprayAktion (KASA) von Farbschmierereien befreien zu dürfen. Weiterhin wurde gefordert, die Schallschutzwände soweit wie möglich einzugrünen, um Schmierereien zu erschweren bzw. unattraktiv zu machen.

Zu 3.)

Einflussmöglichkeiten bestehen hinsichtlich der Farbgestaltung der Schallschutzwände. Ferner ist die Bahn grundsätzlich bereit, der städtischen Forderung zu entsprechen, dort, wo es die örtlichen Gegebenheiten und die sonstigen Voraussetzungen erlauben, statt einer Aluminiumwand Gabionen zu errichten. Außerdem konnte erreicht werden, dass im Bereich der Eisenbahnbrücken transparente Wände zum Einsatz kommen sollen und keine Werbeanlagen mehr installiert werden.

gez. Streitberger